



JHA

über die
4. Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Dienstag, dem 15.11.2011
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:35 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Herr Heiko Klanke
Herr Ulrich Marc
Frau Nicola Zühlke

CDU

Frau Ina Scharrenbach
Herr Franz Hugo Weber

DIE LINKE / GAL

Frau Gabriele Lenkenhoff

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand,
Frau Susanne Hartmann
Frau Regina Henter
Herr Bernhard Krüger
Herr Martin Kusber
Herr Herbert Ritter

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Reiner Brüggemann
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Herr Gerhard Peske
Herr Marc Westerhoff

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt
Frau Christina Fiegler

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt
Herr Martin Wiegelmann

Verwaltung

Herr Günter Dörsing
Herr Jürgen Dunker
Herr Klaus Güldenhaupt

Entschuldigt fehlten

Herr Dr. Ingo Arndt
Frau Kathrin Bohn
Herr Friedhelm Kock
Frau Sigrid Köhler
Frau Annette Mann
Frau Gertrud Sändker
Frau Heike Schaumann
Herr Johannes W. Schurgacz

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und die Vertreter der Presse.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Haushaltsmitteln im Produkt 36.03.01 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien -	089/2011
2	Produkthaushalt 2012 Produkte: 31.03.03 36.01.01 36.02.01 36.03.01	
3	Spiel- und Bolzplatzanalyse der Stadt Kamen - Stadtteilbezogene Fortschreibung Teil 1 / 2011 - Kamen-Methler (Methler, Westick und Wasserkurl)	087/2011
4	Kindertageseinrichtungen in Kamen hier: Bericht der Verwaltung	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.
089/2011

Bereitstellung von über die Planung hinausgehenden Haushaltsmitteln im Produkt 36.03.01

- Hilfen für junge Menschen und ihre Familien -

Herr **Peske** referierte über die Kostenentwicklung im Bereich des Produktes 36.03.01. Trotz aller Sparbemühungen werde der Buchungsrahmen aller Voraussicht nach um ca. 330.000,00 € überschritten.

Erfreulich sei, dass der vorgenannte Mehraufwand durch Mehrerträge und Minderausgaben innerhalb des gesamt bewirtschafteten Produkthaushaltes der Jugendhilfe, ausgeglichen werden könne.

Beschlussempfehlung:

Im Produkt 36.03.01 - Hilfen für junge Menschen und ihre Familien - werden bei den Transferaufwendungen (Teilergebnisplan Zeile 15) 330.000,00 € als über den Buchungsrahmen hinausgehender Aufwand zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Produkthaushalt 2012

Produkte: 31.03.03

36.01.01

36.02.01

36.03.01

Herr **Peske** erläuterte den als Anlage zur Einladung beigefügten Produktplan 2012 für die Produktbereiche 31 und 36.

Im **Produkt 31.03.03 –Leistungen nach dem Unterhaltsvorschußgesetz-**

sei festzustellen, dass die Fallzahlen gleichbleibend sind. Die Erhöhung der Aufwendungen, aber auch der Erträge sei durch Leistungsgewährung an ältere Kinder zu erklären, die selbstverständlich einen höheren Anspruch im

Rahmen der Leistungsgewährung haben.
Das Zahlenbild stellt eine Hochrechnung der derzeitigen tatsächlichen Fallbestandes dar.

Das Produkt 36.01.01 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung-

Dieses Produkt weise eine neue überarbeitete Darstellung der Kenn- und Messzahlen aus.

Festzustellen sei eine Reduzierung der Erträge in diesem Bereich. Der Grund hierfür sei die Beitragsfreistellung der Eltern für das 3. Kindergartenjahr. Ein Ausgleich ist hier durch die Zuweisung von Landesmitteln geschaffen. Die höheren Aufwendungen erklären sich durch die Anhebung der Kindpauschalen, des Buchungsverhalten der Eltern im Bereich der 45 Stundenbetreuung und die Eröffnung einer weiteren Einrichtung mit 20 Plätzen zum 01.08.2012, sowie die Expansion im Tagesmütterbereich.

Im Produkt 36.02.01 – Kinder- und Jugendarbeit –

ergeben sich im Aufwandsbereich keine wesentlichen Veränderungen der Ansätze. Im Bereich der Erträge sind unter Punkt 6 Mehrerträge in Höhe von 194.000, 00 € eingeplant. Es handelt sich um Zuschüsse für die Finanzierung der eingerichteten Schulsozialarbeiterstellen. Die damit verbundenen Mehraufwendungen sind unter Punkt 11 -Personalaufwendungen- mit eingeplant.

Auch im Produkt 36.03.01 – Hilfen für junge Menschen und ihre Familien -

wurden die Kenn- und Messzahlen überarbeitet , sie geben nun einen Überblick über Fallzahlen in den einzelnen Kostenbereichen. Der zu erwartende Aufwand wurde an Hand der derzeitigen Fallzahlen und der damit verbundenen Kosten ermittelt.

Die Mehraufwendungen im Vergleich zum Vorjahr begründen sich zum einen durch allgemeine Kostensteigerungen von rund 2,5%, sowie erwarteter höherer Fallzahlen.

Frau **Lenkenhoff** erklärte im Anschluss an die Erläuterungen, dass die Fraktion der DIE LINKE / GAL dem Produktplan 2012 nicht zustimmen wird. Als Begründung nannte Sie hierfür, dass das Haushalts sicherungskonzept gerade auch in Hinsicht auf TOP 3 darin enthalten ist.

Frau **Scharrenbach** erklärte, dass sich die CDU-Fraktion enthalten werde. Die CDU-Fraktion habe den Produktplan für 2012 noch nicht für die Bereiche 31 und 36 durcharbeiten können.

Beschluss:

Dem vorgelegten Produktplan 2012 für die Produktbereich 31 und 36 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 4 Enthaltungen und 1 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Spiel- und Bolzplatzanalyse der Stadt Kamen
- Stadtteilbezogene Fortschreibung Teil 1 / 2011 -
Kamen-Methler (Methler, Westick und Wasserkurl)

Frau **Dyduch** gab bekannt, dass die CDU-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 3 einen Antrag eingereicht habe, über den nach Erörterung abzustimmen sei.

Herr **Brüggemann** nahm dann aus Sicht der Verwaltung zum Inhalt des Antrags Stellung. Er zog dabei einen Vergleich zur ersten Spielplatzanalyse aus den Jahren 1999/2000. Dementsprechend ist die derzeit stattfindende, eine darauf aufsetzende, weiterführende Analyse. Diese sei noch nicht abgeschlossen, der Ortsteil Methler sei nur der erste Schritt. Bis Ende 2012 sollen auch die Spielflächen der restlichen Ortsteile von Kamen analysiert sein und das Ergebnis in den Jugendhilfeausschuss eingebracht werden.

Bei der bislang durchgeführten Analyse wurde natürlich die demografische Situation berücksichtigt. Gerade in Methler habe sich die Wohnbebauung über die Generationen hinweg entwickelt.

Festzuhalten sei, dass durch die Aufgabe von Spielplätzen auf keinen Fall ein „Kahlschlag“ im Bereich von Spielflächen erfolge. Die Grundversorgung mit Spielflächen wird seitens der Verwaltung nicht in Frage gestellt.

Frau **Scharrenbach** meldete sich zu Wort, sie erläuterte den Antrag der CDU-Fraktion. Im Anschluss signalisiert sie Bereitschaft dazu 5 Spielflächen aufzugeben. In diesem Zusammenhang regte Frau Scharrenbach an, tragfähige Spielplatzpatenschaften einzurichten und ein entsprechendes Konzept hierzu zu erarbeiten. Dies würde bereits in anderen Städten gut funktionieren. Diese Patenschaften könnten durch Privatpersonen oder auch Vereine oder Verbände übernommen werden, derzeit seien aber keine Patenschaften erkennbar. Weiterhin wurde von Frau Scharrenbach bemängelt, dass die Parameter zu gering seien, keine aussagekräftigen Zahlen vorhanden wären und dass es keine Nachnutzungsbenennung der Spielflächen gäbe. Sie machte in diesem Zusammenhang den Vorschlag, aus den Spielflächen Begegnungsflächen für die Bürger zu schaffen.

Herr **Klanke** entgegnete zu den Äußerungen von Frau Scharrenbach mit Hinweis auf das Haushaltssicherungskonzept, dass alle Bereiche der Verwaltung davon betroffen seien, daher auch der Jugendhilfebereich. Seiner Ansicht werde aber kein „Kahlschlag“ in Bezug auf die Bereitstellung von Spielflächen betrieben.

Vielmehr sei eine gesamtstädtische Betrachtungsweise erforderlich. Dass man die Wohnbebauungsstruktur, insbesondere mit Einfamilienhäusern, nicht außer Acht lassen darf, ist wichtig.

Frau **Zühlke** ergriff das Wort und wies auf die Schwierigkeiten hin den Kinderspielplatz „Kurler Busch“ zu erreichen; die Verkehrssituation berge ihrer Meinung nach Gefahren in sich. Sie regte an, eine andere Zuwegung, die verkehrssicherer wäre, zu schaffen, ihrer Auffassung nach bestünde diese Möglichkeit.

Des Weiteren gab sie an, dass ihrer Auffassung nach der Spielplatz „Rotdornweg“ nach der Analyse durchaus aufgegeben werden kann.

Frau **Möller** entgegnete, dass sie der Schließung nicht zustimmen kann, sie findet die erstellte Analyse nicht umfassend genug, allein die Parameter seien zu gering ausgefallen. Sie bemängelt fehlendes Zahlenwerk und dass es keine Erläuterungen zur Nachnutzung aufgegebener Spielflächen gibt. Spielflächen könnten in Begegnungsflächen umgewandelt werden, in diesem Zusammenhang fehlte ihr allerdings die konkrete Nutzungsanalyse. Sie wies daraufhin, dass bei Neu- und Umgestaltungen der Flächen die Kinder und Jugendlichen mit beteiligt werden müssten. Sie könne sich so zum Beispiel vorstellen, dass aus dem Spielplatz „Richard-Wagner-Str.“ ein offener Jugendtreff werden könnte. Auf Grund der Schließungsgedanken kommt bei ihr die Frage auf, was zum Beispiel aus den Kleinkindspielgeräten des Spielplatzes „Rotdornweg“ wird.

Frau **Scharrenbach** erinnert daran, dass das Konzept „Wohnen“ noch nicht vorliegt. Unter Hinweis auf die Ausführungen von Herrn Klanke gibt sie zu Bedenken, dass es auch noch andere Einsparungsmöglichkeiten im Haushalt der Stadt Kamen gibt.

Herr **Brüggemann** bestätigt, dass das von Frau Scharrenbach angesprochene Handlungskonzept noch in Arbeit sei. Weiterhin gibt er zu bedenken, dass der Antrag der CDU Fraktion eine Aufwandserhöhung darstellt und dass dies im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes nicht vertretbar sei.

Frau **Möller** gibt an, dass sie eine einheitliche Betrachtungsweise wünscht. Ihr stellt sich die Frage was mit den Flächen nach Aufgabe als Spielplätze passiert. Nach ihrer Auffassung stellt sich hier der Aufwand zum Erlös in keiner Relation dar.

In diesem Zusammenhang weist sie auf die Bergkamener Handlungsweisen hin „Verantwortungsvolles sparen ohne zu zerschlagen“.

Herr **Brüggemann** wies drauf hin, dass unter Anbetracht aller Gegebenheiten die entsprechenden politischen Gremien darüber befinden werden, was aus den Flächen aufgegebener Spielplätze wird, bzw. wie diese weiter genutzt werden.

Die Spielgeräte der aufzugebenden Spielplätze werden natürlich auf die bestehenden, bleibenden Spielplätze umgesetzt und weitergenutzt.

Frau **Lenkenhoff** schließt sich in der Aussage Frau Möller an und weist nochmals auf den Inhalt des CDU Antrages hin. Ihrer Auffassung nach beinhaltet die Schließung der Spielplätze einen zu geringen finanziellen Erfolg im Vergleich zum Verlust der Spielflächen.

Herr **Klanke** weist daraufhin, dass seiner Meinung nach der Ortsteil Methler durch die Schließung der Kinderspielplätze für das Wohnen bzw. den Zuzug von jungen Familien nicht unattraktiv wird.

Er gab den Hinweis, dass das entsprechende Angebot für Kinder und Jugendliche in Kamen immer noch gut ist.

Frau **Möller** stellt die Frage, ob eine Abstimmung für jeden Spielplatz einzeln erfolgen könne und stellte vorsorglich den Antrag entsprechend abzustimmen

Herr **Ritter** findet den Vorschlag von Frau Möller gut und schließt sich dem Antrag an.

Herr **Brüggemann** weist erneut daraufhin, dass sich in den Wohnumfeldern von jungen Familien Kinderspielflächen befinden, allerdings in etwas weiterer Entfernung.

Auch wies er nochmals daraufhin, dass es sich hier um jugendpolitische Entscheidungen handelt und nicht um Vermarktungsanalysen. Die Schließung der angesprochenen Spielplätze stelle lediglich eine Komfortreduzierung für die betroffenen Familien dar, die Bedarfsdeckung an Spielflächen sei aber weiterhin gegeben.

Frau **Scharrenbach** äußerte sich dahingehend, dass 5 Spielplätze durchaus geschlossen werden könnten, bei zweien sei sie jedoch der Auffassung, dass eine nochmalige Überprüfung in Bezug auf die Aufrechterhaltung des Standortes erforderlich sei.

Frau **Dyduch** fasste noch einmal die Aussprache zusammen und erteilte dann Herrn Brüggemann das Wort.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass, dem Antrag von Frau Möller gefolgt werden könne.

Frau **Dyduch** rief dann zur Abstimmung über den CDU Antrag auf.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein tragfähiges Spielplatzpaten-Konzept für den Erhalt von kindgerechtem Bewegungsspielraum in der Stadt Kamen zu erarbeiten und dem Jugendhilfeausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die von ihrer Seite zur Aufgabe vorgeschlagenen Spielflächen in Mehrgenerationenplätze umgestaltet werden können.
3. Mit Bezug auf die (zentralen) Spielflächen in Kamen-Methler wird die Verwaltung beauftragt, spätestens bis zum Frühjahr 2012 eine Kinder- und Jugendbeteiligung im Ortsteil zur Gestaltung und Ausstattung der Spiel- und Bolzplätze durchzuführen. Die Ergebnisse sind dem Jugendhilfeausschuss zur weiteren Beratung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Enthaltungen und 6 Gegenstimmen mehrheitlich abgelehnt

Der Antrag der CDU Fraktion wurde somit abgewiesen.

Frau **Dyduch** rief im Anschluss zur Abstimmung über die Beschlussvorlage auf und zwar einzeln nach den zur Abstimmung stehenden Kinderspielflächen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den ersten Teil der vorliegenden stadtteilbezogenen Fortschreibung der Spiel- und Bolzplatzanalyse für die Stadt Kamen zur Kenntnis und beschließt die in der Zusammenfassung beschriebenen und empfohlenen Änderungen.

Als Spiel- und Bolzplätze bzw. als zweckbestimmte Vorhalteflächen sind aufzugeben:

- | | |
|-------------------|-------------------------|
| 1. Spielplatz | „Erikaweg“ |
| 2. Spielplatz | „Kurler Busch“ |
| 3. Spielplatz | „Max und Moritz Weg“ |
| 4. Vorhaltefläche | „Richard-Wagner-Straße“ |
| 5. Vorhaltefläche | „Meckeweg“ |
| 6. Spielplatz | „Rotdornweg“ |
| 7. Spielplatz | „An der Körne“ |

Abstimmungsergebnis zu 1.: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis zu 2.: bei 3 Enthaltungen und 4 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 3.: bei 2 Enthaltungen und 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 4.: bei 2 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 5.: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 6.: bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Abstimmungsergebnis zu 7.: bei 1 Enthaltung und 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 4.

Kindertageseinrichtungen in Kamen
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Güldenhaupt** hielt einen Sachvortrag bezüglich der Kindertageseinrichtungen in Kamen unter Berücksichtigung der Kibiz Veränderungen, insbesondere des beitragsfreien letzten Jahres und geringerer Beitragsaufkommen aber entsprechender Ausgleichszahlung durch das Land.

Herr **Dunker** gab einen Bericht über die erfolgte „LeiterInnenkonferenz“ der Kindertageseinrichtungen in dem er über die geplanten Voraussetzungen des Betreuungsaufwandes von 35 bzw. 45 Std. wöchentlich in den Kitas berichtete. Der Betreuungsaufwand solle mit einer Befragung der Eltern zu

ihrer familiären Situation geleistet werden. Unter der Voraussetzung, dass die Einrichtungen eine Flexibilität der Öffnungszeiten von 07.00 – 14.00 bzw. 08.00 – 15.00 Uhr gewährleisten bestehe die Möglichkeit in vielen Fällen von 45 Std. auf 35 Std. zu reduzieren. Im Ergebnis gäbe es für die betroffenen Eltern eine mögliche Beitragssparnis und für die Stadt und die Träger eine erhebliche Reduzierung der Betriebskosten.

Herr **Klanke** verließ um 18.55 Uhr die Sitzung.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass eine hohes Maß an Übereinstimmung der Verwaltung mit den Einrichtungen und Trägern in Hinsicht der Feststellung der Stundenzahl in Verbindung mit der Elternsituation besteht, natürlich mit entsprechender Prüfung des Einzelfalles.

Herr **Dunker** wies nochmals auf die Tatsache hin, dass bei der Bewertung der beantragten Stunden, die Berufstätigkeit der Eltern und auch soziale Gründe eine Rolle spielen würden. In diesen Fällen würde vor der endgültigen Entscheidung Rücksprache mit der Einrichtung genommen.

Frau **Lenkenhoff** fragte nach dem Verfahrensablauf der Buchungsvorgänge.

Herr **Dunker** erklärte, dass es sich um eine einjährige Bindung handelt, trotzdem seien aber unterjährige, flexible Veränderungen möglich.

Herr **Ritter** wies daraufhin, dass auch die Träger bei der „LeiterInnenkonferenz“ zugegen waren. Er stellte fest, dass innerhalb der „35 Std.-Regelung“ alle Bildungsangebote durchgeführt werden.

Frau **Scharrenbach** bemängelt, dass sie erst aus der Presse Informationen zur Sache erhalten habe. Sie sei mit den Abläufen nicht einverstanden. Sie sei der Auffassung, dass die Träger den Eltern die „Stundenzahl“ aufoktroierten. So etwas kann von Seiten ihrer Fraktion nicht toleriert werden. Auch findet sie das Thema der „Rücklagenbildung“ inhaltlich bedenklich. Sie wünschte sich weiterhin eine Stärkung des Themas Sprachförderung innerhalb der Angebote. Es gehe ihr um die Sicherheit der Eltern und das bei traditionellen Angeboten alle mit einbezogen werden.

Herr **Ritter** stellt aus seiner Sicht die Trägersituation dahingehend dar, dass die Rücklagenbildung in Hinsicht auf die Vorsorgeverpflichtung des Trägers erforderlich und gesetzlich auch so vorgesehen sei.

Herr **Güldenhaupt** teilte mit, dass nach erfolgter Betriebskostenabrechnung die Höhe der Rücklagen im Programm KiBiz.web eingestellt werden. Die Überwachung dieser Rücklagenbestände erfolge sowohl durch den Fachbereich Jugend, als auch durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Er bestätigte somit die Aussage von Herrn Ritter.

Frau **Möller** gab noch Anregungen und Hinweise zu den Anschreiben an die Eltern, diese wurden durch die Verwaltung bestätigt.

Herr **Peske** erläuterte im Anschluss in einem Sachvortrag die Bildung des Jugendamtselternbeirat gem. § 9 Abs. 6 des KiBiZ, in dem geregelt ist, dass in den Jugendämtern ein Elternbeirat zu bilden ist.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung und keine Anfragen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es gab keine Mitteilungen der Verwaltung und keine Anfragen.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Keine

gez. Dyduch
Vorsitzende

gez. Güldenhaupt
Schriftführer